

Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Quotenhandel



Ich habe von einer Idee gelesen, wie man das Problem mit der Frauenquote in Aufsichtsräten lösen könnte. Im Moment reden ja alle nur noch von der Quotenregelung für Flüchtlinge, dabei haben wir auch bei der Gleichberechtigung großen Nachholbedarf.

Wissenschaftler der Uni Darmstadt haben ein System ausgearbeitet, das wie der Emissionshandel mit CO₂ funktioniert. Wer zu viele Männer im Aufsichtsrat hat, kann sich das Recht kaufen, diese dort sitzen zu lassen, so wie klimaschädliche Firmen heute Zertifikate erwerben, um weiter Kohlendioxid in die Luft zu blasen. „Es geht sozusagen um Verschmutzungsrechte für Männer“, hieß es dazu in dem Artikel, den ich gefunden habe.

Ich gebe zu, ich bin im ersten Moment bei dem Wort Verschmutzungsrechte erschrocken. So sollte man im Zusammenhang mit Menschen nicht reden, auch nicht, wenn es um Männer geht. Aber die Idee ist interessant. Wenn man darüber nachdenkt, fallen einem viele Anwendungsbereiche ein. Auch das Flüchtlingsproblem könnte man so aus der Welt schaffen. Die Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, könnten sich das Recht dazu an einer Emissionsbörse erkaufen – Verschmutzungsrechte für Einheimische sozusagen. Für Deutschland mit seiner Willkommenskultur wäre die Sache sogar ziemlich lukrativ: Wer seine Quote übererfüllt, kann die Rechte, die er nicht braucht, meistbietend versteigern. Wer weiß, am Ende zahlt es sich noch aus, dass wir so viele Flüchtlinge ins Land lassen.

Es war schon immer die Frage, wie man Menschen dazu bringt, Dinge zu tun, die sie eigentlich nicht tun wollen. Früher hat man die Leute einfach zu ihrem Glück gezwungen. Heute versucht man, sie zu ködern, indem man ihnen Angebote macht, die sie nicht ausschlagen können.

Es ist faszinierend, auf was Politiker kommen, um die Bürger in die gewünschte Richtung zu bewegen. Die Grünen in Berlin haben den Vorschlag gemacht, eine Art Rundfunkbeitrag für den öffentlichen Nahverkehr einzuführen. Jeder Berliner erhält dafür ein „Bürgerticket“, egal ob er nun Bahn fährt oder nicht. Das ist natürlich raffiniert. Was man schon bezahlt hat, lässt man ungern verfallen, also wird man es sich zweimal überlegen, ob man sein Auto benutzt. Im Bundestag haben einige Abgeordnete angeregt, eine „Kulturabgabe“ einzuführen, um die Kirchen zu unterstützen. Aus der SPD kommt der Vorschlag, die Bürger wieder mehr zum Zeitungslesen zu bringen, indem man bei der Fernsehgebühr die Zeitungen dazunimmt.

Das Verblüffende ist, dass die meisten Vorschläge von Leuten kommen, die ansonsten gern die Ökonomisierung aller Lebensbereiche beklagen. Etwas Ähnliches ist mir schon in der Flüchtlingsdebatte aufgefallen. Statt einfach zu sagen, warum es unsere Pflicht ist, fremde Menschen aufzunehmen, heißt es, dass Deutschland die Zuwanderer dringend brauche, um seine demografischen Probleme zu lösen. Offenbar traut auch der Willkommenskulturbürger dem guten Herzen nur bedingt.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Bundeswehr Lange Übergangszeit

Das Verteidigungsministerium veranschlagt die Beschaffungskosten für das neue Sturmgewehr der Bundeswehr auf mindestens 630 Millionen Euro. Die Ablösung des bisher genutzten G36 wird sich bis weit ins kommende Jahrzehnt hinziehen. Das geht aus einer internen Vorlage für Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder hervor. Die Beschaffungsexperten des Verteidigungsministeriums berichten darin, die neue Standardwaffe sei mit „einem finanzplanerischen Vorhalt in Höhe von 630 Millionen Euro“ in der Bedarfsanalyse für das Jahr 2017 berücksichtigt. Ministerin Ursula von der Leyen hatte jüngst das G36 wegen seiner Präzisionsprobleme ausgemustert. Die „Ablösung des G36“ wird laut der Vorlage „optimistisch geschätzt“ sechs bis sieben Jahre dauern, damit wäre die endgültige Ausmusterung des G36 frühestens 2025 zu erwarten. Zusätzlich rechnen die Militärs mit weiteren Kosten für die Anpassung der sogenannten Peripherie eines neuen Gewehrs, darunter fallen Munition sowie technisches Zubehör und Schießsimulatoren. Den Typ des Gewehrs



Übung mit G36-Gewehren

will von der Leyen nach einer europaweiten Ausschreibung bestimmen, der Generalinspekteur soll dann Anfang 2016 eine Auswahlentscheidung fällen. Die Bundeswehr rechnet wegen der langen Zeit für die Ablösung bereits mit dem Nachkauf von mehreren Tausend G36-Gewehren für den laufenden Betrieb und den Ersatz von verschlissenen Waffen. Im Herbst soll entschieden werden, ob man die Präzisionsverluste des G36 bei Dauerfeuer und starken Schwankungen der Außentemperatur durch eine Produktverbesserung mildern kann. Die Opposition sieht aufgrund der ersten Kostenschätzung bereits ein Fass ohne Boden auf die Bundeswehr zukommen. „Die Folgen des G36-Desasters werden für den Steuerzahler noch langwierig und teuer werden“, sagte der grüne Haushaltspolitiker Tobias Lindner. mgb

Fußball Fifa behindert Schweizer Ermittler

Der Weltfußballverband Fifa behindert Ermittlungen der Schweizer Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit der Vergabe der Weltmeisterschaften 2018 und 2022 an Russland und Katar. Nach SPIEGEL-Informationen hat die Fifa die Versiegelung von Daten erwirkt, die die Ermittler im Hauptquartier der Organisation in Zürich sichergestellt hatten. Etliche Akten sind damit für die Bundesanwaltschaft nicht zugänglich. Zu dem sichergestellten Material gehören unter anderem weite Teile

des E-Mail-Verkehrs des Verbands. Die Fifa nutzt bei ihrem Vorgehen eine Vorschrift im Schweizer Strafrecht, wonach die Auswertung von Material blockiert werden kann, bis ein Gericht die Offenlegung anordnet. Der Vorgang ist pikant, da das Verfahren wegen Verdachts der „ungetreuen Geschäftsbesorgung und Geldwäscherei“ erst durch eine Strafanzeige der Fifa selbst in Gang gebracht wurde. Ein Sprecher der Schweizer Bundesanwaltschaft wollte die Vorgänge nicht kommentieren. Die Fifa teilte auf Anfrage mit, sie kooperiere „vollumfänglich“ mit den Ermittlern. fis, rab